

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:

Geht. Anholz, Dresden.

Abbestellungspreis: Dresden, 1. April 1921, Nr. 1298.

Schriftleitung: Wittmerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.

Anzeigenpreis: die 6 gelinste Reklameweile 2.00 RM.

Nr. 80

Dresden, Donnerstag den 7. April 1921

32. Jahrg.

## Noch keine Einigung in Preußen

In Preußen ist noch immer keine Einigung über die Regierungsbildung erzielt worden. Es heißt jetzt, daß am nächsten die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten vorgenommen werden soll.

Die Sozialdemokraten sind die stärkste Partei in Preußen. Sie fordern die Bildung einer Regierung auf sozialdemokratischer Basis. Die Nationalisten und Rechten lehnen dies ab.

Die Deutsche Volkspartei (DVP) hat sich ebenfalls nicht für eine Regierungsbildung mit den Sozialdemokraten entschieden.

Die Situation in Preußen ist weiterhin gespannt. Keine der Parteien ist bereit, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen.

Die Sozialdemokraten haben angekündigt, daß sie eine Regierung bilden werden, wenn keine andere Möglichkeit besteht.

Die Verhandlungen sind ohne Ergebnis geblieben. Die Parteien sind weiterhin in ihren Forderungen verharren.

## Die sächsische Regierung zur politischen Lage

47. Sitzung, Donnerstag, 7. April 1921

Haus und Irthümern sind gut besetzt. Präsidentenpräsident eröffnet die Sitzung gegen 14 Uhr, worauf sofort in die Tagesordnung: Regierungserklärung über die politische Lage eingetreten wird.

Unter Zustimmung des Hauses werden in Verbindung damit noch folgende

Anträge

- 1. Ein Antrag Parteil und Gen. Der Landtag wolle beschließen: A. Die Regierung zu erlauben, 1. bei der Reorganisation auf die Aufhebung der am 20. März 1921 erlassenen Verordnung über die Bildung außerordentlicher Gerichte einzugehen...

Ministerpräsident Vnd.

In den letzten Wochen sind in Sachsen und in andern Teilen des Deutschen Reichs terroristische Takte und verwerfliche Gewaltakte verübt worden.

### Die preussische Regierungserklärung

Berlin, 7. April. In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Mittwoch abend wurde festgestellt, daß eine Veränderung der Situation in Preußen nicht mehr absehbar ist. Die Regierung hat sich nicht für eine Koalition mit der Sozialdemokratie entschieden.

Das Verhalten der kommunistischen Partei, ihre Stellungnahme und Aufrufe, die Gleichzeitigkeit und Gleichzeitigkeit der Revolutionen herbeizuführen, sind im Bericht des Präsidenten erwähnt.

Die sächsische Regierung hat über die politische Lage eine Erklärung abgegeben. Sie betont die Notwendigkeit der Ordnung und der Gerechtigkeit.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen sind weiterhin ohne Fortschritt. Die Parteien sind weiterhin in ihren Forderungen verharren.

Die Situation in Preußen ist weiterhin gespannt. Keine der Parteien ist bereit, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen.

Vertical text on the left edge of the page, likely from an adjacent page or a specific advertisement.